

Institut der Wirtschaftsprüfer
in Deutschland e.V.

Wirtschaftsprüferhaus
Tersteegenstraße 14
40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80
40420 Düsseldorf

TELEFONZENTRALE:
+49(0) 211 / 45 61 - 0

FAX GESCHÄFTSLEITUNG:
+49(0) 211 / 4 54 10 97

INTERNET:
www.idw.de

E-MAIL:
info@idw.de

BANKVERBINDUNG:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
IBAN: DE53 3007 0010 0748 0213 00
BIC: DEUTDE33XXX
USt-ID Nummer: DE119353203

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Referat M I 3 Aufenthaltsrecht
Frau MinR'n Dr. Ann-Marie Burbaum
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

ausschließlich per E-Mail: m3ag@bmi.bund.de

Düsseldorf, 6. März 2023

629

IDW Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Sehr geehrte Frau Dr. Burbaum,

vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“. Bereits im November 2022 hatte die Bundesregierung Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten beschlossen. Diese enthalten konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Rechtsrahmens, die durch Vorhaben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen Anwerbung, berufliche Anerkennung, Matching, Zusammenarbeit mit Drittstaaten, Sprachförderung, gesellschaftliche Integration, Prozesse und Verfahren sowie Digitalisierung flankiert werden.

Wir begrüßen diese Vorhaben ausdrücklich, da der Fachkräftemangel mittlerweile eine Dimension erreicht hat, die eine grundlegende Belastung für das künftige wirtschaftliche Wachstum in Deutschland darstellt. Aufgrund der zunehmenden Nachfrage der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit einer

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND:
Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
WP StB, Sprecher des Vorstands;
Melanie Sack, WP StB,
stv. Sprecherin des Vorstands;
Dr. Torsten Moser, WP

Amtsgericht Düsseldorf
Vereinsregister VR 3850

Seite 2/3 zum Schreiben vom 06.03.2023 an Frau Dr. Burbaum

alternden Gesellschaft und einer begrenzten Verfügbarkeit deutscher Arbeitnehmer muss die Anzahl geeigneter Einwanderer kontinuierlich und deutlich steigen. Im vergangenen Jahr wurden knapp 70 Prozent der neuen Stellen durch Fachkräfte aus dem Ausland besetzt, darunter viele Menschen aus der Ukraine.

Wir sind überzeugt: Deutschland braucht eine gezielte, gewünschte und gelebte Zuwanderungspolitik, unterstützt durch wirksame Anwerbekampagnen von Fachkräften und eine erfolgreiche Integration. Wir brauchen Einwanderung, um vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern. Ohne eine gezielte Einwanderungspolitik werden auch die Sozialversicherungssysteme vor kaum lösbaren Herausforderungen stehen, was die Wohlfahrt in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gefährden kann. Die Zuwanderung muss jedoch auf ein Ausmaß begrenzt werden, dass Einwanderer in die deutsche Gesellschaft innerhalb angemessener Zeit integriert werden können und bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

Es ist zu begrüßen, dass Menschen aus Nicht-EU-Staaten künftig mehr Möglichkeiten haben sollen, in Deutschland zu arbeiten; vorrangig Personen, die Berufserfahrung oder weitere Potenziale mitbringen. Auch die nachträgliche Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses nach der Einreise in Deutschland ist zu begrüßen, wie auch die Einführung einer Anerkennungspartnerschaft zwischen Fachkräften und Arbeitgeber.

Ebenso ist es positiv zu bewerten, dass die Aufnahme eines Studiums in Deutschland erleichtert wird. Überdies wird die Sicherung des Lebensunterhalts durch erweiterte Möglichkeiten zur Nebenbeschäftigung erleichtert. Flankierend könnte darüber nachgedacht werden, eine deutliche Erhöhung des Investitionsvolumens in das deutsche Auslandsschulwesen und in das Netzwerk der Goethe Institute zu erwirken, um bereits weit vor einer Einwanderung für deutsche Sprachkenntnisse im Ausland zu sorgen.

Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen möchten wir auch die Aufhebung einiger Verbote von Nebentätigkeiten, vor allem bei Sprachkursbesuch, begrüßen, wie auch die Absenkung der Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Ausbildungsplatzsuche. Indem Zweckwechselverbote entfallen, wird die Durchlässigkeit zwischen Aufenthalten zu Bildungs- und Erwerbszwecken gesteigert. Damit könnten ausländische Auszubildende und Studierende ihren Aufenthalt fortsetzen, wenn sie die Voraussetzungen für die Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung vor Abschluss der Ausbildung oder des Studiums in Deutschland erfüllen.

Seite 3/3 zum Schreiben vom 06.03.2023 an Frau Dr. Burbaum

Es gibt noch viel zu tun, zumal bedeutsame Neuerungen wie die auf ein Punktesystem basierende Chancenkarte eingeführt werden sollen. Diese große Reform des Einwanderungsrechts wird viele Stellen berühren und eine übergreifende Zusammenarbeit bedingen: Bund, Länder und Kommunen, die Bundesagentur für Arbeit und die Ausländerbehörden; aber auch die Visaabteilungen der deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland werden an diesem Projekt zusammenarbeiten müssen.

Gerade deutschen Vertretungen im Ausland wird zukünftig eine Schlüsselrolle zufallen. Sie werden für potenzielle Einwanderer den ersten Berührungspunkt mit Deutschland darstellen. Besondere Abteilungen für die Unterstützung von zuwanderungswilligen Menschen in ausgewählten deutschen Botschaften erscheinen nötig. Diese Abteilungen könnten Interessierte über die Möglichkeit von Zuwanderung nach Deutschland informieren und zuwanderungswillige Fachkräfte unterstützen und aktiv um sie werben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Moser